

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger: Dr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altbau

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2,00 M., durch die Post bezogen monatlich 2,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 3,00 M., Einzelnummer 12 Pf., Sonntagsausgabe 15 Pf., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gepaltene Nonpareilzeile 35 Pf., die 3gepaltene Zeile 20 Pf., auswärts 40 Pf., a. 100 Pf., Ausland 200 und 400 Pf. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Pf. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 267

Dresden, Donnerstag den 16. November 1922

33. Jahrg.

Die ungelöste Krise

Kapitalistische Machtgelüste

Es ist heute noch in keiner Weise abzusehen, wie die Krise in Berlin gelöst werden soll. Das Zentrum hat erklärt, daß es keine Vorkläufe für die Reichsregierung bilden wird, und auch keinem seiner parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitglieder erlauben würde, das neue Kabinett zu bilden. In einer Besprechung der Parteiführer mit dem Reichspräsidenten soll die Meinung vorgeherrschend haben, daß man nur mit einem sogenannten Kabinett der Persönlichkeiten die Lage meistern könne, und in der Deutschen Volkspartei wird die Meinung vertreten, daß ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft die glücklichste Lösung der Regierungskrise sei. Die Deutschnationalen stellen für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne die Sozialdemokratie ihre Unterstützung in Aussicht.

In der demokratischen Presse werden der Sozialdemokratie schwere Vorwürfe bezogen gemacht, weil sie es zu einer beratigen Regierungskrise habe kommen lassen und sich geweigert habe, sich an einem Kabinett der großen Koalition zu beteiligen, für das angeblich die Grundlagen durch die Einigung über die Reparationsfragen gegeben seien. Es ist aber eine vollkommene Entstellung der Tatsachen, wenn es so dargestellt wird, als wenn wirklich die Grundlagen für ein Zusammenarbeiten der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie im Reich gegeben seien. Es ist im Gegenteil die geringste Aussicht vorhanden, daß zwischen den tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten der beiden Parteien auch nur vorübergehend ein Ausgleich geschaffen werden kann, der es ermöglicht, daß man eine Zeitlang im Reich mit einem Erfolg zusammenarbeitet. Die Deutsche Volkspartei denkt gar nicht daran, Zugeständnisse an die Sozialdemokratie zu machen.

Das Großkapital hat auf wirtschaftlichem Gebiet seine Macht und seinen Einfluß in den letzten Jahren gewaltig gesteigert, und die Herren von der Deutschen Volkspartei wollen nun daran die politische Konsequenzen ziehen. Sie wollen zur Macht, und zwar selbstständig deswegen, damit im Reich die Politik des Großkapitals betrieben wird. Die Deutsche Allgemeine Zeitung läßt auch ganz offen durchblicken, worum es sich für die Deutsche Volkspartei handelt. Das Blatt schreibt:

Man will nicht mit der Volkspartei in einem Kabinett sitzen! Sie ist den Herrschenden zu kapitalistisch. Daß eine Regierung ohne Volkspartei, ohne den ausgesprochenen Kapitalismus auf die Dauer unmöglich ist, hat man, wie es scheint, aus den letzten vier Jahren immer noch nicht begriffen. Sie ist noch unmöglich, als es eine Regierung ohne oder gegen die Arbeiter wäre. Die Wirtschaft, die Industrie im besonderen, ist einer der ganz wenigen Faktoren, die sich bisher, wenn auch nicht als unerschütterlich, so doch als immerhin feste und widerstandsfähige Träger unserer Zukunft erwiesen haben.

Das Zentrum aber, das auch stark unter kapitalistischem Einfluß steht, und die kapitalistisch verfeindeten Demokraten lassen der Deutschen Volkspartei Hilfe, um den Einfluß der Sozialdemokratie zu schwächen. Die Deutsche Volkspartei scheint jetzt sogar zu glauben, stark kräftig, und mit mehr oder weniger offener Unterstützung der Deutschnationalen, ohne die Sozialdemokratie zu regieren. Die Sozialdemokratie soll möglichst völlig beseitigt werden. Wie schon früher bei Regierungskrisen, ist jetzt wieder von dem sogenannten Kabinett der Persönlichkeiten die Rede. Ein solches Kabinett der Persönlichkeiten würde aber auch nichts anderes sein, als ein Parteikabinett unter anderem Namen, denn Männer, die man zu Ministern machen kann, müssen doch soweit politisch interessiert sein, daß sie entweder einer politischen Partei angehören oder wenigstens einer bestimmten politischen Partei nahe stehen. Können die Parteien in der Definitivität erklären, was sie wollen. Die sogenannten Persönlichkeiten in der Regierung würden doch als Vertreter bestimmter Parteien angesehen werden, und tatsächlich auch als Vertreter der Anschauungen der Parteien in der Regierung wirken.

Auch jetzt spielt man wieder mit dem Gedanken, hervorragende Männer aus der Wirtschaft auf leitende Posten zu setzen. Aber es ist sehr die Frage, ob man unter den sogenannten Wirtschaftsführern überhaupt Männer findet, die zur Führung der politischen Geschäfte des Reiches geeignet sind. Die Erfahrung hat immer wieder gezeigt, daß auch hervorragende Geschäftsmänner oft sehr schlechte Wirtschaftspolitiker sind, weil sie die Wirtschaftspragmatische häufig nur vom Standpunkt ihres Geschäftes aus zu betrachten vermögen.

Außerdem ist es sehr fraglich, ob wirklich Leute, die im Wirtschaftsleben führend sind, sich zur Übernahme eines Ministerpostens bereit finden. In der Regel dürften es die glänzenden Einnahmen, die sie gewöhnlich in der Wirtschaft haben, auszugeben, um vielleicht einige Monate oder Wochen Minister zu sein. Die Kapitalmagnaten würden sich wohl sehr gern damit begnügen, ein paar bessere Kommiss in die Regierung hineinzuführen.

Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich nach wie vor bereit, auch in Zukunft die Last der Verantwortung mitzutragen. Nur muß ihr die Sicherheit gegeben sein, daß von

der künftigen Regierung eine Politik getrieben wird, die den Forderungen der Sozialdemokratie einigermaßen Rechnung trägt, sonst hat die Teilnahme unserer Partei an der Regierung keinen Sinn.

Eine Erklärung des Zentrums

Berlin, 15. November. Die Zentrumsfraktion des Reichstages läßt erklären: Die Fraktion hat sich am Mittwoch morgen mit der durch die Demission des Kabinetts Wirth geschaffenen Lage beschäftigt. Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei haben, angelehnt an die außen- und innenpolitischen Erfordernisse eine große Koalition vorangetrieben, für die der Boden durch die vorausgegangene gemeinsame außen- und innenpolitische Arbeit geebnet war. Die Vereinigte Sozialdemokratie hat diese politische Vorgangsbildung abgelehnt, daß nach dieser innenpolitischen Entwicklung der letzten Tage der Zentrumspartei keinerlei Initiative bei der Neubildung des Kabinetts zufällt. Dem bisherigen Reichstanzler Dr. Wirth haben die Zentrumsfractionen des Reichstages und die übrigen Parteieninstanzen noch kürzlich ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert. Viel mehr hat die letzte außenpolitische Resolution der Regierung Wirth, namentlich die letzte Note an die Reparationskommission am 13. d. M. wiederum die ungeteilte Zustimmung der ganzen Zentrumsfraction, wie auch der Fraktionen der Vereinigten Sozialdemokratie gefunden. Das einzige Verfehlende an der gegenwärtigen politischen Lage ist, daß dieser außenpolitische Erfolg durch die innenpolitischen Schwierigkeiten, für die die Zentrumsfraction keinerlei Verantwortung trifft, nicht beeinträchtigt werden möchte.

Die Sehnsucht der Deutschen Volkspartei

Über die Stellung der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die gestern vormittag zu einer Beratung zusammenkam, zur Kabinettfrage teilt die Zeit mit, daß in der Fraktion vorwiegend die Meinung vertreten wurde, daß ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft wohl die glücklichste Lösung der Regierungskrise sei, da es die Möglichkeit bietet, alle Kräfte einheitlich zusammen zu fassen und einzusetzen. Diese Möglichkeit liegt vor allen Dingen vor bei der Besetzung der Ministerien des Auswärtigen, der Wirtschaft und der Finanzen. Unter diesen Umständen habe man auch die allerschwersten Aufgaben lösen können. Die Leitung dieses Ministeriums müßte ebenso wie die des Verkehrs- und Postministeriums in lausmannische Hände gelegt werden. Die Bildung eines Kabinetts der Persönlichkeiten ist, wie in der letzten Reparationsnote niedergelegten Vorschläge als programmatische Grundzüge anzunehmen. Die Kreuzzeitung stellt für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne Sozialdemokraten die Mitarbeit der Deutschnationalen in Aussicht.

Sprengung der Koalition in Preußen?

Die die P. P. K. hören, hat der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtag am Montag dem preussischen Ministerpräsidenten erklärt, daß die Fraktion für den Fall, daß im Reich die große Koalition nicht auslande komme, in Preußen die Konsequenzen ziehen will.

Die notwendige Arbeiterregierung

Verschiebung der sächsischen Mandate

Durch das endgültige sächsische Wahlergebnis, das gestern verkündet wurde, wird das vorläufige Resultat, das kurz nach der Wahl amtlich mitgeteilt worden ist, in seinen Schlusswirkungen erheblich korrigiert. Während bisher 41 Sozialdemokraten und 18 Deutschvolksparteiler als gewählt galten, entfallen nach dem endgültigen Ergebnis auf unsere Partei nur 40, auf die Deutsche Volkspartei dagegen 19 Sitze. Als neugeborener Volksparteiler tritt der „Vogelzimermeister“ Rosa in Dresden aus dem Wahlkreis Dresden-Wangen in den Landtag ein, während aus der sozialdemokratischen Fraktion der Genosse Walter Aßler, Schöftemacher in Wolfenstein (Wahlkreis Chemnitz-Zwickau), ausscheidet.

Durch diese Verschiebung ist zunächst die sozialistische Mehrheit im neuen Landtage etwas zurückgegangen. Es stehen nunmehr 50 sozialistische Abgeordneten 45 bürgerliche gegenüber. Immerhin ist diese Mehrheit noch immer um zwei Mandate stärker, als es die sozialistische Mehrheit im alten Landtage war, in dem bekanntlich 49 Sozialdemokraten und Kommunisten 47 Vertretern der bürgerlichen Parteien gegenüberstanden. Die Verstärkung der Linken ist jedenfalls immer noch so erheblich, daß eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung auf einem durchaus gesicherten Boden stünde.

Dagegen ist die von großen bürgerlichen Kreisen gehegte Hoffnung, daß sich bei einem Scheitern der sozialdemokratisch-kommunistischen Verhandlungen die Möglichkeit einer sozialdemokratisch-deutschdemokratischen Mehrheit, und Reichsregierung bilden würde, durch das endgültige amtliche Wahlergebnis beseitigt worden. Denn während nach dem vorläufigen Ergebnis die Sozialdemokraten und Deutschdemokraten zusammen 49 Sitze gehabt hätten, denen

nur 47 aller andern Parteien gegenüberstanden haben würden, liegt die Sache nach dem endgültigen Wahlergebnis so, daß Sozialdemokraten und Deutschdemokraten zusammen nur über die genaue Hälfte der Mandate verfügen, also über 48, denen 48 Mandate der Deutschnationalen, Deutschvolksparteiler und Kommunisten gegenüberstehen. Auf derartige ungleiche Verhältnisse werden aber wohl auch die bürgerlichen Kreise, die in einer sozialdemokratisch-deutschdemokratischen Regierungsbildung einen Ausweg aus den Schwierigkeiten sahen, keine Regierung mehr aufbauen wollen.

Die rein sozialdemokratische Arbeiterregierung, wie sie bisher bestand, war eine Minderheitsregierung, die, wenn sie fruchtbringend arbeiten wollte, neben der selbstverständlichen Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion auf die Hilfe anderer Gruppen angewiesen war. Dieser wenig ideale Zustand wird auch im neuen Landtage als ein sicherer Ausweg aus den Schwierigkeiten der Regierungsbildung kaum betrachtet werden können. Daher ist es zu begrüßen, daß von unserer Partei der erste entscheidende Schritt zu einer Verständigung mit den Kommunisten zwecks Bildung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung getan worden ist, die sich allein auf eine sichere Mehrheit stützen und erproblich arbeiten könnte, vorausgesetzt natürlich, daß die Kommunisten genügend Sinn für den Unterschied zwischen Agitationspolitik und Regierungspolitik aufbringen und im Gefühl der Verantwortung, die die Regierung man einmal zu tragen hat, das gegenwärtig Mögliche zu verzeichnen brauchen. Ein solches gemeinsames Wirken in einer sozialdemokratisch-kommunistischen Arbeiterregierung würde von höchstem Nutzen für das gesamte werktätige Volk Sachsens sein.

Erfolg der englischen Arbeiterpartei

rs. London, 16. November. (Fig. Drahtm.) Ein umfassender Bericht über das Ergebnis der englischen Wahlen liegt noch nicht vor. Es läßt sich jedoch bereits erkennen, daß die Arbeiterpartei als einzige einen starken Zuwachs zu verzeichnen hat, der die Arbeiterpartei zur zweitgrößten Partei des Unterhauses macht. Die Partei Lloyd Georges knickt nicht so gut ab, als man erwartet haben dürfte. Die Partei Lloyd Georges wird bei der Regierungsbildung das Jünglein an der Lege werden. Eine große Ueberbahrung ist die Stärkung der Konservativen. Die Frauen, die zum ersten Male das Stimmrecht ausübten, beteiligten sich außerordentlich stark an der Wahl. Das Gesamtergebnis bringt vorläufig eine Mehrheit von 35 Stimmen für Bonar Law über die andern Parteien. Bisher ist ein einziger weiblicher Kandidat aufgestellt worden. An interessantesten Einzelheiten ist zu melden, daß der Führer der Arbeiterpartei, Clynes, mit 800 Stimmen Mehrheit wiedergewählt wurde. Ein zweiter Führer der Arbeiterpartei, Wilson, errang mit über 800 Stimmen einen Sitz in Sheffield, den er einem Lloyd-George-Liberalen abnahm. Interessant ist ferner, daß die Liberalen in Oxford einen Sieg erlitten. In manchen Wahlkreisen wurden nur mit geringfügigen Stimmen Mehrheit das Mandat von den Konservativen behauptet. In einem Wahlkreis beträgt ihre Mehrheit nur 11 Stimmen.

London, 16. November. Neuter zufolge lagen um 8 Uhr morgens folgende Wahlergebnisse vor: Konserervative 152, Nationalistische 20, Liberale 23, Arbeiterpartei 68, Unabhängige 6.

Die Times veröffentlichten eine Liste, wonach 149 Konserervative, 23 Liberale Anhänger Asquiths, 22 Liberale Anhänger Lloyd Georges, 62 Arbeiterpartei, 2 Unionisten, 1 Genossenschaftler, 1 Unabhängiger und 1 Nationalist gewählt wurden.

Neuter meldet um 8,30 Uhr: Die bis heute nicht vorliegenden Wahlergebnisse kamen in der Hauptsache aus den Städten und Industriegebieten. Die von der Arbeiterpartei erzielten Gewinne, die um 2 Uhr morgens 34 betragen, werden voraussichtlich heute, wenn die Ergebnisse aus den Provinzstädten und vom Lande vorliegen, keinen allzu großen Umfang mehr zeigen. In zahlreichen dieser Wahlkreise haben die Arbeiter keine Kandidaten aufgestellt. Die bemerkenswertesten Siege erzielte die Arbeiterpartei im Bezirk von Glasgow. Bisher haben die Konserativen 7, die Nationalliberalen 1, die Liberalen 11, die Arbeiterpartei 34 neue Sitze gewonnen, diese vornehmlich in den Bezirken von Glasgow, Sheffield und Newcastle.

Asquith wurde gegen den Arbeiterlandkandidaten mit geringer Mehrheit gewählt, ebenso Bonar Law gegen den Arbeiter- und liberalen Kandidaten. Der Hauptkandidat der Unionisten, Lord Cecil Wilson wurde in Westminister von dem unabhängigen Konservativen geschlagen. Der frühere Schatzkanzler Dorne wurde in Glasgow wiedergewählt. Der Arbeiterführer Clynes siegte mit knapper Mehrheit über seine beiden Gegenkandidaten.

Neue Unruhen

Köln, 16. November. Auch in Preußen ist es zu Unruhen gekommen. In fünf Geschäften wurde gewandert. Der Wert in diesem Orte entwendeten Gegenstände wird auf ungefähr 70 Millionen Mark geschätzt. Auch zwei Häuser wurden verbrannt. Auf dem einen wurden 48, auf dem anderen 7 Schweine weggenommen, außerdem 30 bis 40 Zentner Früchte und andre Waren verbrannt. In den Gutsdörfern wurden die Einrichtungen zerstört, die Türen gesprengt und die Räume beschlupft. Es handelt sich bei den Klünderern um größtenteils ortsfremde Personen.